

# AG 60 plus: Newsletter Nr. 6

31.3.15

Dieser Newsletter ist ein Service des Bundesvorstandes der AG 60 plus.

Er wird ehrenamtlich erstellt und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder ein ausgefeiltes Layout.

## Inhalt:

- S. 2 Bundesvorstand am 30.1.15
- S. 5 und am 17.3.15
- S. 7 sowie Bundesausschuss am 18.3.15
- S. 7 Partei Vorstandsklausur am 8./9. Februar 2015 in Nauen und
- S. 9 Partei Vorstand am 2.3.2015 im WBH
- S.10 Themenlabor Neue Verantwortungskultur/Neue Bürgerthemen am 3.12.14
- S.13 Digitaler Beirat Orga-Kommission am 24.1.15 in Berlin
- S.13 Aus der Bundestagsfraktion
- S.14 Kritik des VdK am geplanten Präventionsgesetz
- S.16 Erinnerung: Deutscher Seniorentag am 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt
- S.16 Erinnerung: Fotowettbewerb der BAGSO für den 11. Seniorentag
- S.17 Erinnerung: 7. Sommertreffen der AG 60 plus.
- S.18 Aus den Landes- und Bezirksverbänden
- S.20 Interessantes zur Lektüre
- S.20 Terminkalender



Unser Vorstandsmitglied **Dr. Reinhold Hemker** (70) bereitet sich schon seit einigen Monaten auf eine große sportliche Herausforderung vor: Zum sechsten Mal in seinem Leben will er am 10. Oktober 2015 am „**Ironman**“ in Hawaii, der Weltmeisterschaft in einem besonders harten Triathlon-Wettkampf, teilnehmen. 3,8 km Schwimmen, 180 km Radeln und 42.195 km Laufen – und das in 14 Stunden! Allein das Training macht manchen etwas weniger Sportlichen schaudern: seit einem Jahr schwimmt Reinhold pro Woche ca. 7 km, 400 km legt er pro Woche mit dem Fahrrad zurück und ähnlich trainiert er das Laufen.

Warum er das macht?

Sicherlich auch aus persönlicher Freude am Erfolg, aber auch, weil er als ehemaliger Bundestagsabgeordneter, der in seiner aktiven Zeit hart für ein **Präventionsgesetz** gestritten und dessen Scheitern an Lobby- und Konzern-Interessen erlebt hat, durch seine Fitness zeigen will, wie wichtig Prävention durch Sport auch fürs Alter ist.

Ende März muss er gegen eine harte Konkurrenz die Qualifikation in seiner Altersgruppe im südafrikanischen Port Elisabeth durchstehen und für sich entscheiden. Nur die Sieger können dann in Hawaii teilnehmen.

Sein Vorbild: Maria, eine Nonne aus Chicago, die mit 56 Jahren an Krebs erkrankte und mit 80 Jahren die Kurzstrecken- und die Langstrecken-WM gewonnen hat.

**Reinhold, wir drücken Dir die Daumen!**

## **1) Bundesvorstand am 30.1.15 und am 17.3.15 sowie Bundesausschuss am 18.3.15**

### **Bundesvorstand am 30.1.15, Berlin, WBH**

**Anwesend waren:** Angelika Graf, Peter Schöbel, Norwin Dorn, Heidemarie Fischer, Gesche Peters, Gerd Groskurt, Jürgen Rischer, Lothar Binding, Volker Edeling und Wiebke Neumann zu TOP 4

**Entschuldigt:** Reinhold Hemker, Rudolf Herweck

### **TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der Bundesvorstandssitzung vom 3.12.14 in Berlin**

*Angelika Graf* eröffnet um 11.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Genossinnen und Genossen. Das Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 4.12.14 wird einstimmig genehmigt.

### **TOP 2: Aktueller Stand: 60 plus Leitfaden 2015**

*Angelika Graf* dankt Gesche Peters, Norwin Dorn und Reinhold Hemker für die Entwürfe der Argumentationskarten. Lothar Binding wird noch einen Entwurf zu dem Thema „Gerechtigkeit“

nachliefern. Ansonsten sei der Leitfaden auf einem guten Weg, er werde allerdings nicht so umfangreich wie der letzte.

*Volker Edeling* sagt für die Erstellung des Leitfadens die Unterstützung des Willy-Brandt-Hauses zu, man habe sich auch schon Gedanken über eine Weiterentwicklung gemacht im Sinne von motivierend und unterstützend. Im Willy-Brandt-Haus sei dafür Carola Lemke verantwortlich. Angelika Graf wird ihren Entwurf an Volker Edeling weiterleiten.

*Gerd Groskurt* bittet darum, das Datum 29. April für den Aktionstag nicht so sklavisch ernst zu nehmen. Man müsse da schon etwas flexibel sein. *Volker Edeling* vertritt die Auffassung, dass dieses Datum als Startschuss für die dann folgenden Aktionen zu verstehen sei, die sich durchaus über einen längeren Zeitraum hinziehen können.

*Heidemarie Fischer* informiert, dass der 8. Mai 1945 ein wichtiges Thema bei den Aktionen der Berliner AG 60 plus sein werde. Das Motto des Aktionstages „Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“ passe auch gut zu den derzeitigen Diskussionen über Flüchtlinge.

*Norwin Dorn* ergänzt, dass auch die Befreiung von Auschwitz ein Thema für den Aktionstag sein könnte. In Sachsen-Anhalt werde dies eine Rolle spielen. So plane man z.B. eine Busfahrt zu den Gedenkstätten.

Der Vorstand einigt sich darauf, den Landes- und Bezirksverbänden diese Vorschläge als Anregung zu übermitteln.

*Angelika Graf* gibt sodann einen Überblick über Newsletter Nr. 5, der diesmal noch umfangreicher werde.

*Lothar Binding* gibt zu überlegen, ob man nicht einmal den Satz „der Islam gehört zu Deutschland“ zur Debatte stellen sollte. Dieser Satz sei zu pauschal, dies müsse man schon differenzierter sehen. *Jürgen Rischar* meint dazu, dass man mit einem solchen Thema ein neues Fass aufmachen werde, das man am Ende nicht mehr kontrollieren könne und das aus dem Ruder laufen könnte. Es entwickelt sich eine intensive und leidenschaftliche Diskussion über Pediga, den Besuch von Gabriel bei der Zentrale für politische Bildung in Dresden und über die Problematik Flüchtlinge und Zuwanderung.

Der Vorstand einigt sich darauf, ein Papier zu dem Thema Zuwanderung auszuarbeiten, das unter dem Motto „Du gehörst dazu..“ stehen soll. Einen Hinweis dazu soll es im Newsletter geben.

### **TOP 3: nächster Bundesausschuss**

Die nächste Sitzung des Bundesausschusses findet am 18. März in Göttingen statt. Am Tag vorher (17.3.) tagt der Bundesvorstand.

Zentrales Thema beim Bundesausschuss: TTIP. Es wird versucht, Bernd Lange als Referenten zu gewinnen. Sollte dies scheitern, wird ersatzweise das Thema „Flüchtlinge und Zuwanderung“ angeboten. Dazu muss noch ein Referent oder eine Referentin gesucht werden.

### **TOP 4: Bundeskonferenz am 16./17. September 2015 (Kandidaturen)**

*Angelika Graf* informiert den Vorstand, dass ihr Brief an Yasmin Fahimi vom 11.1.2015, in dem sie u.a. darauf hingewiesen habe, dass es sehr schwierig sei, die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD ohne einen nur dafür zuständigen Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses zu führen und gleichzeitig professionelle Arbeit abzuliefern, noch nicht beantwortet sei.

Die Arbeitsbelastung ohne Zuarbeit im WBH sei einfach zu groß und auf Dauer nicht machbar. Aus diesem Grunde könne sie die Entscheidung, ob sie wieder als Vorsitzende kandidieren werde, heute noch nicht treffen. Sie müsse erst den Brief der Generalsekretärin abwarten. Sie lässt aber keinen

Zweifel daran aufkommen, dass sie ihre Arbeit gerne fortsetzen würde, wenn die Rahmenbedingungen halbwegs stimmen würden. *Wiebke Neumann* erklärt, dass wegen Erkrankung einer Referentin der Brief noch nicht beantwortet werden konnte. Eine Antwort werde aber kommen.

Weiter informiert *Angelika Graf*, dass NRW Reinhold Hemker als stellvertretenden Vorsitzenden nominiert habe. *Peter Schöbel*, *Jürgen Rischer*, *Heidmarie Fischer*, *Norwin Dorn*, *Lothar Binding* werden erneut für den Bundesvorstand kandidieren. Auch *Gerd Groskurt* wird kandidieren. Bei *Gesche Peters* steht die Entscheidung noch aus.

*Volker Edeling* erklärt, dass als Tagungsort für die Bundeskonferenz zurzeit Leipzig, Rostock und Dresden noch im Rennen seien.

### **TOP 5: Veranstaltung mit der ASJ zum Thema „Sterbehilfe“**

Die Veranstaltung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen wird als Nachmittagsveranstaltung in der 26. Kalenderwoche in Nürnberg stattfinden. Zurzeit wird noch überlegt, evtl. auch die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) zu beteiligen.

### **TOP 6: Arbeitsprogramm 2015**

*Angelika Graf* informiert, dass eine Veranstaltung zu dem Thema „Wohnen“ in einer sitzungsfreien Woche des Bundestages entweder im Mai oder Juli in Planung sei. In der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am 17.3.2015 sollen die restlichen Termine des Bundesvorstandes festgelegt werden.

### **TOP 7: Seniorentag 2015**

Die AG 60 plus wird beim Seniorentag am 2.-4. Juli 2015 mit einem Info-Stand vertreten sein. Außerdem mit einem Diskussionsforum „Inklusives Wahlrecht“. Den Einführungsvortrag wird Herta Däubler-Gmelin halten.

Helpege veranstaltet eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Menschenrechte“ Für die AG 60 plus sitzt *Angelika Graf* im Podium. Die für die Seniorenpolitik verantwortlichen Mitglieder der Bundestagsfraktion sollen in einem Brief auf diese Veranstaltungen hingewiesen werden.

### **TOP 8: Verschiedenes**

Das Themenlabor „Gleichstellung und Vielfalt“ sucht noch für einen Workshop zu dem Thema „Senioren-WGs“ Ansprechpartner. *Gesche Peters* schlägt die KIWA in Kiel vor. *Volker Edeling* wird gebeten diesen Vorschlag weiterzuleiten.

Das Forum Demokratische Linke (DL21) veranstaltet am 28./29. März eine Tagung in Oer-Erkenschwick. Die AG 60 plus wird sich daran nicht beteiligen.

An dem nächsten Treffen der *Magdeburger Plattform* wird *Angelika Graf* als Privatperson teilnehmen.

*Volker Edeling* verweist auf den Termin des „Barcamp Digital“ am 25.4.15 in Berlin, zu dem die Arbeitsgemeinschaften eingeladen sind. Nähere Informationen gehen noch an *Angelika Graf*.

*Angelika Graf* schließt um 14.15 Uhr die Sitzung.

*Jürgen Rischer*

## **Bundesvorstand am 17.3.15 in Göttingen, Intercity-Hotel**

**Anwesend waren:** Angelika Graf, Peter Schöbel, Gesche Peters, Norwin Dorn, Heidemarie Fischer, Reinhold Hemker, Jürgen Rischar und Volker Edeling.

**Entschuldigt:** Lothar Binding

### **TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

*Angelika Graf* eröffnet um 17.30 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Genossinnen und Genossen. Die vorgelegte Tagesordnung wird angenommen. Das Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der AG 60 plus vom 30.1.2015 wird einstimmig genehmigt.

*Angelika Graf* informiert den Vorstand, dass sie auf ihren **Brief vom 11.1.15 an die Generalsekretärin Yasmin Fahimi** (sh. auch Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 31.1.15) bis dato keine Antwort erhalten habe. Darüber sei sie schon etwas verärgert. Sie werde dies morgen im Bundesausschuss ansprechen und ihren Brief verteilen. Mit Ralf Stegner habe sie bereits darüber gesprochen. *Peter Schöbel* ergänzt, dass er mit Torsten Schäfer-Gümbel über den Brief von Angelika Graf geredet habe. Die Mitglieder des Bundesvorstandes empfinden übereinstimmend Erstaunen über das Verhalten von Yasmin Fahimi. *Reinhold Hemker* bewertet dieses Verhalten als Geringschätzung der Arbeitsgemeinschaften. Dies müsse man thematisieren. *Heidemarie Fischer* schlägt vor, einen Brief an Sigmar Gabriel zu schreiben. Dieses Verhalten der Generalsekretärin dürften wir nicht auf uns beruhen lassen. *Jürgen Rischar* stellt zur Debatte, Yasmin Fahimi eine Frist zur Beantwortung zu setzen. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, sollte der Bundesvorstand vorübergehend eine Arbeit einstellen und die Presse informieren. *Norwin Dorn* hegt Zweifel, ob der Gang an die Presse der richtige Weg ist. Der Vorstand einigt sich darauf, die Angelegenheit im Bundesvorstand zu diskutieren. Für das weitere Vorgehen brauche man eine breite Legitimation. **(Am 21.3. ist der Brief der Generalsekretärin bei Angelika Graf angekommen. Der Bundesvorstand wird sich auf seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen.)**

*Angelika Graf* informiert weiter, dass sie noch keine Rückmeldung auf das Gespräch mit Kurt Beck von der FES erhalten habe.

### **TOP 2: Aktionstag bzw. Aktionswoche und Leitfaden**

*Angelika Graf* informiert, dass es in diesem Jahr anstelle des Leitfadens ein Aktionspaket geben werde.

Sie dankt Gesche Peters, Norwin Dorn, Lothar Binding und Reinhold Hemker für die erarbeiteten Texte. Es habe Bestrebungen des Willy-Brandt-Hauses gegeben, diese Texte zu kürzen bzw. unter den Tisch fallen zu lassen, was sie allerdings nicht zugelassen habe. Der Bundesvorstand teilt die Auffassung, dass die vorgelegten Texte unverändert in das Paket übernommen werden.

*Volker Edeling* legt eine Mustermappe des Aktionspaketes vor, das im Übrigen in die Nachbarschaftskampagne integriert sei. Das Aktionspaket werde Anfang April in den Verteiler kommen.

Der Bundesvorstand ist mit dem vorgelegten Konzept grundsätzlich einverstanden.

### **TOP 3: Vorbereitung des Bundesausschusses am 18.3.2015**

*Angelika Graf* informiert, dass Bernd Lange leider nicht zu dem Thema TTIP kommen kann, dass er terminlich bereits anderweitig gebunden ist.

Die Suche nach einem Referenten oder Referentin für das (Ersatz-)Thema „Zuwanderung“ habe sich als äußerst kompliziert erwiesen. Es sei nun gelungen, Dr. Dagmar Schlapeit-Beck, Dezernentin der Stadt

Göttingen, als Referentin zu gewinnen. Es sei bestimmt interessant, das Thema aus der Praxis vor Ort einmal zu beleuchten.

Weiter informiert *Angelika Graf*, dass sie an der Klausur des Parteivorstandes nicht teilnehmen konnte. Sie habe allerdings die Unterlagen erhalten. Beim Bundesausschuss werde sie darüber einen Kurzbericht geben.

Die **Bundeskonferenz der AG 60 plus** wird in **Rostock** stattfinden.

Volker Edeling wird gebeten wegen der Ausstellung „Alter und Sport“ des Olympischen Sportbundes nochmals auf den Olympischen Sportbund zuzugehen.

Die Kommissionen (**Präsidium, Antragskommission**) müssen noch bestimmt werden. Beim Präsidium müsse man großen Wert auf die Qualifikation der Mitglieder legen. Volker Edeling weist noch darauf hin, dass die Mitglieder des Präsidiums nicht unbedingt Delegierte sein müssen.

Weiter wird er den Bundesausschussmitgliedern einen Fristenplan vorlegen.

Außerdem muss (auch mit dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern) noch geklärt werden, welche Gäste zur Bundeskonferenz eingeladen werden und wer ein Grußwort sprechen soll und darf.

*Angelika* weist noch darauf hin, dass bei der **Wahl des Vorstandes** die **Geschlechterquote** unbedingt eingehalten werden muss, d.h. mindestens vier Frauen und vier Männer. *Reinhold Hemker* bittet darum zu prüfen, ob ein **Abend der Begegnung** organisiert werden kann. Dazu soll der Reiseservice der SPD eingespannt werden. Was die Aussteller anbelangt, wird sich das Willy-Brandt-Haus darum kümmern. Die Landes- und Bezirksverbände werden aufgefordert, **Vorschläge für die Ehrungen** einzureichen.

Im Bundesausschuss soll noch angesprochen werden: die **Fachkonferenz „Sterbehilfe“** am 24.6.15 in Nürnberg und Volker Edeling wird noch etwas sagen zum **Barcamp am 25. April 2015**.

#### **TOP 4: Deutscher Seniorentag**

Am 22.4.2015 wird es ein weiteres Vorgespräch geben, an dem *Angelika Graf* und *Peter Schöbel* teilnehmen werden.

**Beschluss:** Für die Vorstandsmitglieder, die am Deutschen Seniorentag teilnehmen, werden die Reisekosten übernommen.

Es muss noch geklärt werden, wer von der „politischen Prominenz“ zum Stand der AG 60 plus kommt, damit dies im Vorfeld angekündigt werden kann.

#### **TOP 5: Vorbereitung der Bundeskonferenz am 16./17. September 2015**

Das Thema wurde bereits unter TOP 3 abgehandelt.

#### **TOP 6: Bericht vom AK Wohnen in Hessen**

*Peter Schöbel* informiert über das von Michael Schell ins Leben gerufene **Projekt „Wohnbau60plus“** in Hessen, für das die Form der Genossenschaft gewählt wurde, eine Form, die so alt ist wie Sozialdemokratie. Diese Idee halte er für gut, nun müsse aber noch der Praxistest erfolgen. Dazu müssen die Kommunen mitspielen. Allerdings seien nicht alle Bürgermeister davon begeistert.

Dieses Projekt, so *Angelika Graf*, sei ein Musterbeispiel dafür, wie wichtig da Thema „Wohnen“ sei. Man sollte versuchen, noch in diesem Jahr eine Veranstaltung dazu organisieren, solange das Thema heiß ist.

## **TOP 7: Verschiedenes**

*Peter Schöbel* erkundigt sich, wie die SPD zu dem Programm „Soziale Stadt“ stehe. Angelika Graf erwidert, dass die SPD dieses Programm, das Ramsauer herunter gefahren hat, derzeit wieder hochfährt.

*Peter Schöbel* bittet darum, auf das 7. Sommertreffen in der Niederlausitz nochmals hinzuweisen.

*Reinhold Hemker* führt Klage darüber, dass die Wertediskussion in der SPD nicht mehr geführt werde. Die Politik, vor allem die internationale Politik stehe ausschließlich unter dem Aspekt und dem Vorrang der Wirtschaftspolitik.

Angelika Graf schließt um 20.30 Uhr die Sitzung

*Jürgen Rischar*

## **Bundesausschuss-Sitzung am 18.3.15 in Göttingen**

Hier lag folgende **Tagesordnung** vor:

- Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
- Aktionstag bzw. Aktionswoche
- Gespräch zur Zuwanderung mit Dr. Dagmar Schalpeit-Beck (Stadt Göttingen)
- Bericht von der PV-Klausur
- Vorbereitung der Bundeskonferenz am 16./17. September 2015
- Arbeitsprogramm bis Ende der Amtszeit des derzeitigen Vorstandes
- Termine und Verschiedenes

Das Kurzprotokoll der gut besuchten Ausschuss-Sitzung wird Anfang April im internen Bereich auf der Homepage der AG 60 plus eingestellt.

## **2) Parteivorstandsklausur am 8./9. Februar 2015 in Nauen und Parteivorstand am 2. März 2015 im WBH**

### **Parteivorstandsklausur am 8./9.2.15:**

Leider konnte ich (Angelika Graf) wegen eines lange geplanten Urlaubs nicht an der Klausur teilnehmen. Am 9.2. wurde ich von Lothar Binding vertreten, wir waren also trotzdem „da“. Ich kann aber leider kein Stimmungsbild wiedergeben.

Es gab allerdings einige sehr informative Unterlagen, die hier zusammengefasst werden können. Einige Punkte davon sollten wir in den Anträgen zur Bundeskonferenz thematisieren, um damit die Diskussion auf dem Bundesparteitag im Dezember zu beeinflussen.

### **1) Arbeitsprogramm des PV bzw. der SPD in Regierungsbeteiligung**

a) **Regierungsbilanz 2014.** Durchgesetzt werden konnten:

- **Mehr Gerechtigkeit** (z.B. gesetzlicher Mindestlohn; Rente ab 63; Elterngeld plus; Familienpflegezeit)
- **Mehr Gleichstellung** (z.B. gesetzliche Frauenquote)
- **Sicher und bezahlbar wohnen** (z.B. Beschränkung Mieterhöhung; Veränderungen im Maklerrecht)

- **Mehr Bildung** (z.B. insgesamt 9 Mrd. € mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen; mehr Bafög für 600.000 Schüler und Studierende; 130 € Zuschlag für Studierende mit Kindern)
- **Entlastung der Kommunen** (z.B. Entlastung zwischen 2015 und 2018 um 25 Mrd. €; Aufstockung Städtebauförderung auf 700 Mio. € wegen Armutswanderung und steigenden Asylbewerberzahlen)
- **Bessere Integration, Kampf gegen Rechtsextremismus** (z.B. durch Doppelte Staatsangehörigkeit; Reform der Einwanderungsgesetzgebung für Flüchtlinge; Verbesserung der Leistungen für Asylbewerber; Erleichterung der Arbeitsaufnahme für Flüchtlinge; Kampf gegen Rechtsextremismus)
- **Investitionen, Energiewende und Klimaschutz** (z.B. durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz; Regelungen, die trotzdem bezahlbaren Strom für die Industrie gewährleisten; Förderung der Energie-Effizienz; Aktionsprogramm Klimaschutz 2020; Regionales Wirtschaftsförderung; Neue Impulse für Ostdeutschland)
- **Internationale Verantwortung** (z.B. durch Nutzung aller diplomatischen Chancen; Internationale Allianz gegen IS; eine restriktivere Rüstungsexportpolitik)

#### b) Regierungsvorhaben 2015

- **Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Sicherheit** (z.B. durch Reform der Leiharbeit und des Werkvertrags(un)wesens; Entgeltgleichheit von Männern und Frauen; Unterstützung für Alleinerziehende; Entwurf Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen; Verbandsklagerecht; Bekämpfung Menschenhandel)
- **Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit** (z.B. durch Konzepte für höhere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur; Bündnis Zukunft mit den Sozialpartnern; Abbau unnützer Bürokratie und ein neues Vergaberecht; eine Digitale Agenda)
- **Nachhaltigkeit** (z.B. durch Strommarkt der Zukunft; Novelle Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz; Verbot des sog. „unkonventionellen Fracking“, Erlaubnis aber für wissenschaftlich begleitete Probemaßnahmen)
- **Deutsche Verantwortung in der Welt** (z.B. durch Frieden und Stabilität; Deutsche Präsidentschaft bei der G7-Energieministerkonferenz)
- **Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern** (z.B. durch Bürgerdialog „gut leben“; Weiterführung der öffentlichen Debatte um CETA und TTIP, welche die Risiken und Chancen deutlich macht und Transparenz herstellt)

#### c) Prozesse und Termine innerhalb der SPD

- **Perspektivkongress 2015 am 17.10.15:** Hier soll die Diskussion um das Zukunftsprogramm der SPD begonnen werden, welches sich mit den neuen Gerechtigkeitsfragen beschäftigt. Dazu sollen **zwei neue Themenlabore** eingesetzt werden (**Themenlabor „Gut und sicher leben im Alter“** unter der Leitung von Andrea Nahles und **„Familie“** unter der Leitung von Manuela Schwesig), aus den anderen Themenlaboren zugearbeitet und ein Impulspapier **„Die Chancen der offenen Gesellschaft – 20 Ziele für ein wirtschaftlich starkes Deutschland“** vorgelegt werden. Bzgl. der Themenlabore sh. auch unter dem Bericht aus dem Themenlabor **„Neue Verantwortungskultur“** auf S. 10 dieses Newsletters.
- Weitere Stichworte:
  - Neue Ost- und Entspannungspolitik
  - Neue Impulse für Europa
  - Digital leben
  - Initiative für eine höhere Wahlbeteiligung
  - Bundesparteitag
  - SPD-Organisation modernisieren



- Nachbarschaftskampagne
- 2) Vorgestellt wurde auch eine ausführliche **Studie über die „Arbeitende Mitte“**, die die FES bei TNS-Infratest in Auftrag gegeben hatte. Über sie wurde in der SZ vom 7. März 2015 „Eine Partei sucht Streit“ ausführlich und kritisch berichtet. Eine offizielle Zusammenfassung des WBH gibt es bisher noch nicht (sobald sie kommt, werden wir sie an die Funktionäre von 60 plus weitergeben), deshalb hier nur einige Schlussfolgerungen, die von den Verfassern der Studie angemerkt wurden. Auch bei der Sitzung des Themenlabors „Neue Verantwortungskultur“ kamen viele Punkte dieser Studie zur Sprache, deshalb sei hier ergänzend auch auf diesen Beitrag im Newsletter (S. 10) verwiesen.
- Die SPD muss die 25- bis 45-Jährigen zurückgewinnen, wenn sie Wahlen gewinnen will.
  - Die SPD hat Image-Probleme, ihr Markenkern ist durch folgende Punkte nach wie vor beschädigt:
    - Hartz IV
    - Keine erkennbare Zielgruppenpolitik
    - Zu wenig erkennbares wertegeleitetes Handeln
    - Gefühlsloses Desinteresse der SPD an der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Mitte
    - Keine Antwort auf ihre Erwartungen an Leistungsgerechtigkeit.
  - Schlüsselresorts, in denen man gegen dieses Image-Problem anarbeiten muss, sind die Familien- und die Arbeitsmarktpolitik.

### **Sitzung des Parteivorstandes am 2.3.15**

#### **TOP 1 Bericht zur Lage:**

- **Fall Edathy:** U.a. auch wegen seines parteischädigenden Verhaltens beim Prozess (Es ging um Gewalt gegen Kinder und er zeigte keine Reue) wird ihn der PV auffordern, aus der SPD auszutreten. Falls er dem nicht folgt, gibt es ein Schiedsverfahren.
- **Bundeshaushalt:** Wir bestehen auf den 1,5 Mrd. für die Kommunen. Das Problem scheint allerdings zu sein, dass die Länder klebrige Finger haben und das Geld nur teilweise an die Kommunen durchreichen.
- **Flüchtlinge:** Man muss mehr über die Fluchtursachen sprechen und die Möglichkeiten für legale Einwanderung verbessern. Bleiberecht für Jugendliche in Ausbildung.
- **Mindestlohn:** Insbesondere die bayerische Handwerkskammer läuft dagegen Sturm. Das Gespräch an Ostern dient nur der Bestandsaufnahme, - auch bzgl. Sport und Ehrenamt. Generell soll es aber keine weiteren Ausnahmen geben.

#### **TOP 2 Zur außen- und sicherheitspolitischen Lage:**

##### **FW Steinmeier:**

- Das Abkommen von Minsk ist trotz der gegenwärtigen Entwicklung positiv zu werten. Es gibt erkennbar weniger Gewalt, die Anzahl der Toten auf beiden Seiten ist zurückgegangen. Allerdings beherrscht der Hunger das Land. Alte Menschen oder Gefangene verhungern. Es soll nun Wahlen in der Ostukraine geben, aber es ist völlig offen, wie man das Land stabilisieren kann. Wichtig sei eigentlich der Kampf gegen die Korruption und dass man von denen, die das Geld haben – auch den Oligarchen -, möglichst viel Geld einzieht. Man bräuchte ganz konkret 10-15 Mrd. €.
- **Russland:** Die Auswirkungen des Todes von Boris Njemzow sind noch nicht klar. Es herrscht aber große Unzufriedenheit mit Putin bei der extremen Rechten in Russland.

##### **Martin Schulz:**

- Die **Ukraine** steht vor dem Kollaps. Man braucht dort 14 Mrd. € und Energie, denn es ist immer noch sehr kalt. Also: Keine Waffenlieferungen sondern wirtschaftliche

Unterstützung. Der Primat der Diplomatie muss Leitmotiv unseres außenpolitischen Handelns sein. Man darf sich nicht beirren lassen von den Medien, die offensichtlich an großen (schrecklichen) Ereignissen interessiert sind und deshalb z.T. Waffenlieferungen das Wort reden.

- **Athen** hat bisher nur einige wenige Wochen Zeit gewonnen. Zins und Tilgung sind zwar ausgesetzt, aber die Einnahmesituation muss sich verbessern. Und man muss der Geldflucht aus Griechenland entgegenwirken. Von Mitte Februar bis Anfang März sind über 10 Mrd. Privatvermögen ins Ausland geflossen. Eine ideologische Auseinandersetzung über die neue Regierung macht keinen Sinn. Infos zum Ausverkauf Griechenlands am Rande: Der Athener Flughafen ist pleite, FraPort will ihn kaufen. Am Piräus sind die Chinesen interessiert. Ebenso gibt es Interessenten für die Stromversorgung..... Generell ist die Kommunikation mit der griechischen Regierung schwierig.

**TOP 3 Resolution zum Internationalen Frauentag:** beschlossen (sh. Homepage des PV)

**TOP 4 Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz:** Antrag der Jusos und der Falken um finanzielle Unterstützung. Es ging hier um den Wunsch, dass die SPD diese Fahrt, an der sich viele Jugendgruppen u.a. auch die Gewerkschaftsjugend beteiligen wollen, mit 15.000 bis 20.000 € unterstützen möge. Der Antrag wurde nicht beschlossen sondern auf noch nötige Gespräche mit der Schatzmeisterei verwiesen.

**TOP 5 Vorbereitung Konvent am 20.Juni 2015 in Berlin, WBH:** Es wurde die Antragskommission benannt: Vorsitzender Olaf Scholz, Mitglieder: Niels Annen, Petra Crone, Yasmin Fahimi, Elke Ferner, Peter Friedrich, Kerstin Griese, Hubertus Heil. Beratend: Sascha Vogt

**TOP 6 Verschiedenes:** Darlehensvergaben an Rheinland-Pfalz und Bremen.

### **3) Themenlabor Neue Verantwortungskultur/Neue Bürgerthemen am 16.3.15**

***Anwesende:*** Cilia Ebert-Libeskind, Serge Embacher, Angelika Graf, Ansgar Klein, Christina Schildmann, Svenja Stadler, Ralf Stegner, Sascha Vogt

***WBH-Mitarbeiter/innen:*** Kerstin Freudiger-Utke, Alexander Petring, Maike Rocker

#### **TOP 1 Bericht zur Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes am 08./09.02. in Nauen**

##### **a) Wesentliche Ergebnisse aus der FES-Studie „Arbeitende Mitte“**

Sascha Vogt berichtet über die wesentlichen Ergebnisse der Studie „Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland“, die bei der Klausur des SPD-Parteivorstandes vorgestellt wurde. Die Studie wurde von TNS Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. In einer sogenannten Focusgruppen-Befragung waren dafür im November 2014 in mehreren deutschen Städten insgesamt 53 Personen zwischen 25 und 45 Jahren befragt worden, die über mittlere Bildungsabschlüsse (ohne Abitur) und ein mittleres Familieneinkommen verfügen. (Das ist die Altersgruppe, bei der die SPD bei den zurückliegenden Bundestagswahlen am meisten Zustimmung verloren hat.)

Fazit der Studie:

- Die SPD hatte in den letzten Jahren die richtigen Themen im Fokus. Das was die SPD inhaltlich durchgesetzt hat – Mindestlohn, Quote, Rente etc. – erhält hohe Zustimmungswerte.
- Aber: die Partei hat dabei wenig Glaubwürdigkeit. Ihr wird unterstellt, aus rein strategischen Gründen statt aus Überzeugung zu handeln. Anders bei der Union, der insgesamt ein stark wertegeleitetes Handeln zugeschrieben wird.

#### **Empfehlungen der Meinungsforscher:**

- „am Ball bleiben“, kein Themenhopping betreiben,
- konsequent auf familien- und arbeitsmarktpolitische Themen setzen.
- stärker an den Lebenswirklichkeiten der 25-45jährigen ansetzen, ihre Leistungen in Erwerbsarbeit und Familie anerkennen und Antworten auf deren Erwartungen an Leistungsgerechtigkeit finden, ein eigenständiges sozialdemokratisches Profil entwickeln, die Union nicht kopieren, sondern die Auseinandersetzung mit ihr suchen.

#### **a) Weiterer Arbeitsprozess der Themenlabore**

Ralf Stegner berichtet, dass als Konsequenz aus der FES-Studie zwei weitere politische Schwerpunktthemen identifiziert wurden, die in Themenlaboren bearbeitet werden sollen:

- a) **Gut und sicher leben im Alter:** Hier wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Andrea Nahles eingerichtet
- b) **Querschnittsthema Familie:** Hier wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Manuela Schwesig eingerichtet, die die Einzelergebnisse aus den bereits bestehenden Themenlaboren bündeln soll.

Alle bereits bestehenden und neu eingerichteten Themenlaboren sollen ihre Ergebnisse in eine Perspektivdebatte einspeisen, die dann im kommenden Jahr zum Regierungsprogramm weiter entwickelt wird. Dazu wird ein Perspektivkongress einberufen, der wahrscheinlich am 17. Oktober stattfinden wird.

Fahrplan:

- **Alle Themenlabore sollen bis Mitte Juni dieses Jahres (Entwurfassung bis 30. Mai) Impulspapiere von ca. 4-5 Seiten zu ihren Themen vorlegen, die Trends aufzeigen, Fragen und Ideen formulieren und erste Projekte beschreiben.**
- Sie fließen in den „Perspektivkongress“ am 17. Oktober 2015 ein und
- in einen Perspektivantrag zum BPT im Dezember 2015
- Weitere Vertiefung einzelner Themenschwerpunkte in 2016 und zweiter Perspektivkongress im Herbst 2016

#### **TOP 2 Planung der nächsten Aktivitäten des Themenlabors**

Ralf Stegner beschreibt die beiden konkreten Arbeitsaufträge, die sich daraus für das Themenlabor in den nächsten drei Monaten ergeben

##### **a) Themenschwerpunkt „Neue Familienformen stärken“**

Hier soll es eine schnelle Auswertung des Workshops „Neue Familienmodelle – Welche Unterstützung brauchen sie?“ geben und die Überführung in ein erstes Thesenpapier, das nach Ostern im Umlaufverfahren in eine erste Abstimmungsrunde der Steuerungsgruppe gehen soll. Dies kann dann als Impulspapier zur Frage der Unterstützung neuer Familienformen in die Perspektivdebatte eingespeist werden.

## **b) Themenschwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe für alle“**

Ralf Stegner betont die Bedeutung dieses Themas auch vor dem Hintergrund der FES-Studie: Die Sozialdemokratie müsse ernsthafte Teilhabe für alle umsetzen und nicht nur über sozialstaatliche Versorgung reden, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

### **1. Vor-Ort-Termine**

- Freitag, 24. April, gemeinsamer Vor-Ort-Termin von Sascha Vogt und Ralf Stegner in Berlin (derzeit in Planung, nähere Infos an die Steuerungsgruppe folgen)
- Weiterer Vor-Ort-Termin im Frühjahr in NRW (Sascha Vogt)
- Evtl. Vor-Ort-Termin in Schleswig-Holstein (Ralf Stegner)

### **2. Entwurf Thesenpapier**

Eine Redaktionsgruppe aus den Reihen der Steuerungsgruppe– Svenja Stadler, Serge Embacher, Ansgar Klein - wird bis zum nächsten Treffen den Entwurf eines Impulspapieres „Programm zur Förderung von Engagement und Teilhabe“ erarbeiten.

Serge Embacher betont die vorhandenen guten Grundlagen in der Fachdiskussion – es gebe kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Ziel des Impulspapiers müsse es sein, die Fachdebatte in die politische Diskussion der SPD zu holen.

Als **Leitfragen für das Papier** werden genannt:

Was muss Politik leisten, um eine aktive Bürgergesellschaft zu fördern – und dabei Teilhabe für alle (auch bislang engagementferner Milieus) zu gewährleisten?

Welche gesetzlichen Regelungen sind notwendig?

Wie soll sich privates zu staatlichem Engagement verhalten?

Welche Formen des Bürgerschaftlichen Engagements benötigen besondere Unterstützung? Welche Neu-Justierung brauchen Jugendfreiwilligendienste/Bundesfreiwilligendienst?

Welche zeitpolitischen Angebote braucht die mittlere Generation?

Wie ist die Entwicklung im Bereich Genossenschaften und wo besteht politischer Handlungsbedarf?

Was kann ein fortschrittliches Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung definieren?

Wie grenzen wir Engagement und Erwerbsarbeit voneinander ab?

Auf Nachfrage von Ansgar Klein wird vereinbart, dabei die europäische Perspektive – in quantitativ verhältnismäßiger Form - einzubeziehen (v.a. in Bezug auf gute Vorbilder in Frankreich oder den skandinavischen Ländern).

**Die AG sagt die Vorlage eines ersten Textentwurfes, der die noch offenen Diskussionspunkte benennt, bis Mitte Mai zu.**

**Das nächste Treffen der Steuerungsgruppe findet statt am 08. Juni 2015, ca. 13-16 Uhr**

Hier sollen die bis dahin vorliegenden Texte zu den beiden Themenschwerpunkten, vor allem im Hinblick auf die politisch kontroversen Punkte, diskutiert und beschlossen werden.

*Kerstin Freudiger-Utke/17.03.2015*

#### **4) Digitaler Beirat Orga-Kommission am 11.3.15 (Internet-Konferenz anstelle der abgesagten Sitzung vom 6.3.15)**

Bei der dritten Sitzung des Digitalen Beirats, welcher für die Orga-Kommission Vorschläge erarbeiten soll, ging es diesmal vorwiegend um die weitere Ausformulierung des bei dem letzten Treffen bereits erarbeiteten Textes für die nächste Orga-Kommissionssitzung am 24./25.4.15 in Berlin.

#### **5) Aus der Bundestagsfraktion**

Mehrere interessante Themen werden z.Zt. im Bundestag von der SPD in Angriff genommen.

- Neben dem **Präventionsgesetz**, zu welchem ich Euch unter Punkt 6 dieses Newsletters über die Forderungen des VdK berichten kann, gibt es da z.B.
- die Wiederaufnahme des **Programms „Soziale Stadt“** in den Maßnahmenkatalog des Bundes gegen die Verwahrlosung von Stadtvierteln. Hier hat die Bundesregierung mit Barbara Hendricks die Kürzungen, die in der letzten Legislaturperiode vorgenommen hat, wieder aufgehoben.
- die neue **Wohngeld-Novelle**. Hierzu geben wir Euch im Folgenden Auszüge aus dem entsprechenden Papier des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit an die Bundestagsfraktion weiter.

#### **Wie ist die Ausgangslage für die Wohngelderhöhung?**

Nach der letzten Wohngeldreform 2009 stieg die Zahl der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger auf 1,1 Millionen Haushalte. Die Ausgaben lagen zu dieser Zeit bei 1,8 Milliarden Euro (2010).

Trotz angespannter Wohnungsmärkte gehen Empfängerzahlen und Ausgaben seitdem stetig zurück. Wegen der steigenden Einkommen und der zunehmenden Zahl von Haushalten, die die Miethöchstbeträge überschreiten, haben sich die Wohngeldansprüche von Jahr zu Jahr verringert. Gleichzeitig ist die Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger deutlich angestiegen. Inzwischen sind etliche bisherige Wohngeldempfängerinnen und -empfänger nur wegen ihrer Wohnkosten auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen.

#### **Wie kann man dem entgegenwirken?**

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, die Leistungen des Wohngelds zu verbessern. Dieses Vorhaben setzt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) jetzt um: Mit der Wohngelderhöhung soll die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit geringen Einkommen gerade auch in Regionen verbessert werden, in denen die Wohnungsmärkte angespannt sind. Dadurch kann eine unmittelbare Entlastung dieser Haushalte erzielt werden. Außerdem kann mit dem höheren Wohngeld eine weitere Abwanderung von Haushalten mit Einkünften knapp oberhalb des Existenzminimums in die Grundsicherung verhindert werden.

Für Leistungsverbesserungen beim Wohngeld ist grundsätzlich eine Änderung des Wohngeldgesetzes und der Wohngeldverordnung notwendig. Hierfür ist eine Zustimmung des Bundesrates erforderlich, da Wohngeld je zur Hälfte von Bund und Ländern gezahlt wird. Das Gesetz soll am 1.1.16 in Kraft treten.

## Welche Wirkungen hat die Wohngeldreform?

Von der Wohngeldreform profitieren vor allem Familien und Rentner. Insgesamt rund 870.000 Haushalte können künftig Wohngeld erhalten; darunter rund 320.000 Haushalte, die durch die Reform erstmals oder wieder einen Wohngeldanspruch haben. Darunter sind rund 90.000 so genannte „Wechslerhaushalte“, die zuvor auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen waren. In den Haushalten, die durch die Reform erstmals Wohngeld beziehen können, leben 110.000 Kinder, die dadurch zukünftig einen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung haben. Von der Reform profitieren außerdem 27.000 Haushalte von Alleinerziehenden.

## Wer hat grundsätzlich Anspruch auf Wohngeld?

Wohngeld gibt es sowohl als Mietzuschuss für Personen, die (Unter-)Mieterin oder Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers sind als auch als Lastenzuschuss für Personen, die Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutztem Wohnraum sind. Anträge auf Wohngeld können bei der örtlich zuständigen Wohngeldbehörde gestellt werden.

## Wovon hängt die Höhe des Wohngelds ab?

Ob jemand Wohngeldanspruch hat und wenn ja in welcher Höhe, hängt von drei Faktoren ab:

- Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder
- Höhe des Gesamteinkommens
- Höhe der zuschussfähigen Miete oder der Belastung von Eigentümerinnen und Eigentümern. Diese hängt vom örtlichen Mietenniveau (Mietenstufe) ab.

Fallbeispiele finden Sie unter [www.bmub.bund.de/P3728/](http://www.bmub.bund.de/P3728/). Diese sind jedoch nicht auf jeden Einzelfall übertragbar, da Wohngeld für jeden Haushalt individuell berechnet wird.

*Für **Rentnerinnen und Rentner** führt das Ministerium allerdings in einem anderen Schreiben folgendes **Fallbeispiel** an:*

*Ein Rentner zahlt eine Kaltmiete von 305 € und erhält eine Rente von 850 €. Er bezieht heute 20 € Wohngeld. Ab 2016 erhöht sich sein Wohngeldanspruch auf 58 €. Im Ergebnis hat er jeden Monat 38 € mehr zur Verfügung.*

## **6) Kritik des VdK am geplanten Präventionsgesetz: „Gesundheit darf keine Frage des Alters sein“**

**Mit dem Entwurf des Präventionsgesetzes, der derzeit beraten wird, bleibt die Bundesregierung nach Einschätzung des Sozialverbandes VdK weit hinter dem selbst gesteckten Ziel einer umfassenden Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung zurück. Der VdK kritisiert, dass die Bedürfnisse älterer Menschen unberücksichtigt bleiben.**

„Das geplante Präventionsgesetz bringt nur kleine Verbesserungen, erfüllt aber die Erwartungen immer noch nicht“, so die Einschätzung von Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK. „Es sieht ganz danach aus, als wäre auch der vierte Anlauf für ein Gesetz zur umfassenden und nachhaltigen Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung zum Scheitern verurteilt.“

Bereits 2004, 2007 und 2013 war ein bundesweites Präventionsgesetz angekündigt worden. Mit der Förderung gesundheitlicher Vorsorge soll teuren Behandlungs- und Pflegekosten vorgebeugt werden. Wie in den drei Vorgängerentwürfen kommt auch im jüngsten Gesetzesvorschlag, der Ende 2014 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, nach Auffassung des VdK die Sichtweise auf Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu kurz. Begrüßenswert ist zwar die Anhebung von jährlich drei auf sieben Euro pro Versicherten für Präventionszwecke, aber die Verteilung der Mittel stellt der VdK in Frage: „Man beschränkt sich weiter auf punktuelle Leistungsverbesserungen“, kritisiert die VdK-Präsidentin. Zudem bleibe die Hauptlast der Finanzierung auf die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung beschränkt, während anderen Akteuren wie der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit nur beratende Funktion zukommt.

Aus Untersuchungen weiß man, dass die Gesundheit des Einzelnen nicht ausschließlich von seiner persönlichen Lebensweise abhängt. Das individuelle Verhalten ist lediglich für 25 bis 35 Prozent gesundheitlicher Einschränkungen verantwortlich. Weitaus mehr fallen äußere Faktoren ins Gewicht. „Deshalb muss überall in den Aufbau und die Stärkung gesundheitsfördernder Strukturen investiert werden“, erklärt Mascher.

Auch im jetzigen Gesetzesentwurf liegt der Schwerpunkt auf Angeboten am Arbeitsplatz oder in Schulen oder Kitas. Gesundheitlich schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen wie Langzeitarbeitslose, Ältere oder Menschen mit Behinderungen bleiben außen vor. Dabei würden diese in besonderem Maße von Vorsorge profitieren, so Mascher: „Es ist beispielsweise hinreichend bewiesen, dass Prävention bei Älteren einer Pflegebedürftigkeit vorbeugt oder diese zumindest abmildert und damit enorme Kosten für die Pflege- und Krankenkassen einspart.“

Um Ältere und chronisch Kranke für Präventionsmaßnahmen zu erreichen, kommt den Hausärzten eine Schlüsselrolle zu. Der Sozialverband VdK fordert, dass diese eine Lotsenfunktion für Vorsorgemaßnahmen übernehmen sollen. Neben der Beratung in der Sprechstunde sollen deshalb auch private Hausbesuche in den Pflichtleistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden. Dafür muss aber auch die bessere Qualifizierung der Ärzte und Medizinstudentinnen und –studenten hinsichtlich Gesundheitsförderung und –beratung gewährleistet sein.

Der VdK begrüßt die geplante Verpflichtung für Präventionsmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen. Weiterhin unberücksichtigt bleiben jedoch der ambulante Bereich sowie die Angehörigenpflege. Diese Einschränkung stößt bei VdK-Präsidentin Mascher auf Unverständnis: „Gerade hier wären die Präventionsanstrengungen am notwendigsten, damit es erst gar nicht zu einer stationären Versorgung im Pflegeheim kommen muss.“

Dr. Bettina Schubarth, VdK-Zeitung vom April 2015

## **7) Erinnerung: Deutscher Seniorentag vom 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt**

Die Deutschen Seniorentage finden alle drei Jahre statt und richten sich an Menschen jeden Alters. In rund 100 Vorträgen und Diskussionsrunden sprechen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden und Wissenschaft über aktuelle Fragen, u.a. aus den Bereichen Gesundheit, Vorsorge, Verbraucherschutz, Wohnen, Sicherheit und Pflege. Bestandteil der Deutschen Seniorentage ist die Messe SenNova, bei der Produkte und Dienstleistungen für Menschen ab 50 Jahre präsentiert werden.

Der 11. Deutsche Seniorentag 2015 steht unter dem Motto „**Gemeinsam in die Zukunft!**“ Seine Botschaft lautet: Die Herausforderungen der Zukunft können nur durch das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen gemeistert werden. Wie wollen wir in der Zukunft (zusammen-)leben, wohnen und arbeiten? Dies sind Fragen, die alle Menschen betreffen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft oder ihrer gesellschaftlichen Stellung. Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.

Auf der Messe ist **die AG 60 plus** wieder mit einem **Info-Stand** vertreten. Er wird von den Hessischen GenossInnen und den Mitgliedern des Bundesvorstandes betreut. Wir würden uns aber freuen, wenn zusätzlich einige von Euch bei uns vorbeikämen, um uns zu entlasten.

Unser **inhaltlicher Beitrag** zum Seniorentag wird sich mit dem Thema „Wahlen“ befassen: Ältere Menschen sind treue Wähler. **Teilnahme an Wahlen ist Teilhabe an der Demokratie.** Dies ist oft schwierig. Stimmzettel sind oft riesig, manche Wahllokale nicht behinderten gerecht und die Briefwahl birgt die Gefahr des Missbrauchs. Am **4.7.2015** werden wir deshalb eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung** mit dem Titel „**Unser Wahlrecht – inklusiv genug für die älter werdende Gesellschaft?**“ mit unserer ehemaligen Justizministerin **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin** anbieten. Sie wird mit einem Kurzreferat mit dem Titel „Wahlen in einer älter werdenden Gesellschaft: Probleme, Fragen und mögliche Antworten“ in das Thema einführen und dann zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Einen **weiteren inhaltlichen Beitrag** werden die Organisation **HelpAge Deutschland** und die **AG 60 plus** gemeinsam anbieten. Unter dem Titel „**Die Diskriminierung alter Menschen beenden**“ wollen wir in einer Podiumsdiskussion am **2.7.2015** der Frage nachgehen, ob wir eine **Menschenrechtskonvention für Senioren** brauchen. Experten auf dem Podium werden sein: Michael Bünthe (HelpAge Deutschland) und Claudia Mahler (Deutsches Institut für Menschenrechte). Angelika Graf (SPD AG 60 plus) wird die Diskussionsrunde moderieren.

Die genaueren Termine und Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Programm des Seniorentages (auf der Homepage der BAGSO (s.u.) und auch auf unserer Homepage) bzw. dem nächsten Newsletter.

## **8) Erinnerung: Fotowettbewerb der BAGSO für den 11. Seniorentag – Einsendeschluss: 15. April 2015**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und die Feierabend Online Dienste für Senioren AG (Feierabend.de) loben zum fünften Mal gemeinsam einen Fotowettbewerb aus. Anlass ist der 11. Deutsche Seniorentag.



## **Der Wettbewerb**

Die BAGSO und Feierabend.de laden dazu ein, das Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ fotografisch umzusetzen. Gefragt ist eine persönliche Vision oder Vorstellung dieses Mottos – gebündelt in einem Foto. Es besteht die Möglichkeit, dem Foto einen erläuternden Text beizufügen.

Der Fantasie der Fotografen sind keine Grenzen gesetzt.

Hobbyfotografinnen und -fotografen können bis zum **15. April 2015** ihr Foto auf der Seite Feierabend.de hochladen. Die Bilder müssen eine Auflösung von **300 dpi**, eine Größe von mindestens **1** und **maximal 3 MB** haben und im **jpeg-Format** vorliegen!

Die Sieger werden zwischen dem 1. und 31. Mai 2015 per Online-Abstimmung ermittelt.

Weitere Details zum Ablauf des Wettbewerbs finden Sie sowohl unter [www.feierabend.de/Leben50/Fotowettbewerb-Feierabend-de-und-BAGSO-55466.htm](http://www.feierabend.de/Leben50/Fotowettbewerb-Feierabend-de-und-BAGSO-55466.htm) als auch auf [www.deutscher-seniorentag.de](http://www.deutscher-seniorentag.de).

## **Preise**

Mitmachen lohnt sich, den Gewinnern winken wertvolle Preise:

1. Preis: Flusskreuzfahrt von Linz nach Budapest vom 19. bis 25.9.2015
2. Preis: Digitalkamera im Wert von 400 €
3. Preis: Digitalkamera im Wert von 300 €
4. Preis: Digitalkamera im Wert von 200 €
- 5.-10. Preis: Bücher, z.B. zur digitalen Bildbearbeitung, im Wert von je 50€.

## **Weitere Informationen**

### **Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)**

Ursula Lenz, Pressereferat Bonngasse 10, 53111

Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 18, Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: [lenz@bagso.de](mailto:lenz@bagso.de) [www.bagso.de](http://www.bagso.de)

[www.deutscher-seniorentag.de](http://www.deutscher-seniorentag.de)

## **9) Erinnerung: 7. Sommertreffen der AG 60 plus im Juni 2015**

Das Sommertreffen führt uns heuer vom 26. bis 30. Juli in die **Niederlausitz**. Es geht nach **Cottbus**, **Schloss Branitz**, den **Spreewald**, ins **Braunkohlerevier** und in die deutsch-polnische Grenzstadt **Guben**.

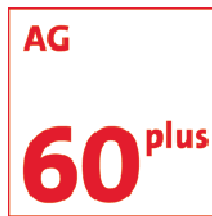
Kosten: Ab 389 €

**Anmeldungen** bitte beim **Reiseservice der SPD**, Tel. 030-25594-600, fax 030-25594-699

Mail: [info@spd-reiseservice.de](mailto:info@spd-reiseservice.de) Internet: [www.spd-reiseservice.de](http://www.spd-reiseservice.de)

## 10) Aus den Landes- und Bezirksverbänden

### Nordrhein-Westfalen



Es ist schon eine gute Tradition geworden, dass Wilfried Kramps – Landesvorsitzender der AG 60plus in NRW – zu Beginn der Vorstandssitzungen die „Schlagzeilen“ und Artikel der aktuellen Zeitungen zur Diskussion stellt. Neben den ordentlichen Tagesordnungspunkten wird so ein Überblick des politischen Geschehens in Land und Bund reflektiert.

Obwohl die SPD in der Großen Koalition zu vielen Themen ihre zentralen Anliegen einbringen und umsetzen konnte, ist das „Erscheinungsbild“ der SPD - nach Meinung einer Studie die Anfang März in der Süddeutschen Zeitung erwähnt wurde – nicht gerade positiv.

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, Mindestlohn und Frauenquote sind in weiten Teilen der Bevölkerung positiv bewertet worden, haben aber leider die Umfragewerte nicht nach oben getrieben.

Für uns als AG 60plus ist es ein elementares Anliegen weitere „Punkte“ in die Politik der SPD positiv einzubringen und zu begleiten. Dazu zählen die Entwicklung des Rentenniveaus, unsere Anliegen zum Demographischen Wandel, Verteilungsgerechtigkeit, Stärkung des sozialen Zusammenlebens und eine Friedenspolitik die nachhaltig auf Krisenvermeidung ausgerichtet ist.

In der Studie wird *fehlende Zielgruppenpolitik* als ein Grund für das „Image-Problem“ der Partei genannt. Wir werden als AG 60plus in NRW weiter unsere Politik in Verbindung und Zusammenarbeit mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und „Vorortbeteiligten“ konsequent fortsetzen.

Wir wollen uns – auch in Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitsgemeinschaften – für ein *wertegeleitetes Handeln* unserer SPD ausdrücklich einsetzen.

Dazu zählt auch unsere Forderung nach mehr Teilhabe und Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften insgesamt.

***Wir werden dazu beitragen, dass politische Profil der SPD zu schärfen.***

Walter Cremer

### Niedersachsen:

**Die Genossinnen und Genossen aus Niedersachsen haben uns im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Aktionstages dieses Flugblatt zukommen lassen.**

**Gerd Groskurt hat uns mitgeteilt: Nachmachen ist ausdrücklich erwünscht!**

# Nach 70 Jahren: Appell für den Frieden!



Zwar sind inzwischen 70 Jahre vergangen, in denen sich die Welt dramatisch verändert hat. Aber die Erinnerung an das Ende des II. Weltkriegs darf nicht ausgelöscht werden.

70 Jahre sind eine lange Zeit. Es sind Generationen herangewachsen, die den Schrecken des Krieges nur noch vom Hörensagen kennen. Was für uns Ältere unauslöschliche Erinnerungen sind, ist für die Jüngeren ferne, fast unwirkliche Vergangenheit.

Den Tag, an dem der Krieg vorbei war, erlebten viele mit einem Gemisch sehr widersprüchlicher Gefühle und Empfindungen: Trauer über den Verlust geliebter Menschen, über die verlorene Heimat, die zerstörte Wohnung. Freude darüber, noch einmal davon gekommen zu sein. Angst vor einer ungewissen Zukunft, ein Gefühl der Leere nach so viel missbrauchtem Idealismus, so viel enttäuschter Glaubensbereitschaft

Doch über die militärische Niederlage hinaus, ist uns besonders wichtig, daran zu erinnern, dass schon zwölf Jahre früher - mit der Machtergreifung der Nazis – die moralische und demokratische Kapitulation erfolgte. Die eigentliche Niederlage stand am Beginn der NS-Zeit und nicht erst an ihrem Ende.

Uns erschreckt zutiefst, wenn wir erleben müssen, dass rechtsextreme Parteien ganz offensichtlich wieder wählbar geworden sind. Wir sind entsetzt, wenn rechte „Rattenfänger“ vor unseren Schulen versuchen, die Jugend für ihre Ziele zu gewinnen.

Wir appellieren an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger:  
nicht ohnmächtig zuzusehen, wie Einzelne sich der Demokratie bedienen, um unsere demokratischen Freiheiten zu zerstören,  
nicht untätig zubleiben, wenn extreme Gruppen unsere Toleranz ausnutzen, um Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu säen.

Auch die Nazis stachelten zu Rassenhass an und bezeichneten andere Völker als Untermenschen. Die Folge war der Krieg von 1939 bis 1945: 60 Millionen Menschen kamen ums Leben, an der Front und auf See, im Bombenhagel, in den Vernichtungslagern, bei der Vertreibung und der Flucht. Sie alle mahnen uns wachsam zu sein, das sind wir den Opfern des Terrors und des Kriegs schuldig.

**Erinnerung kann quälend sein. Aber diese Bilder müssen über uns hinaus lebendig bleiben, damit das Versprechen gehalten werden kann, das viele 1945 ablegten:**

**Nie wieder Krieg.**



## „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“

so Willy Brandt. Eine Formulierung, der wir uns in dieser Zeit ganz besonders verpflichtet fühlen.

**SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus  
Gebietskörperschaft Name**

### **11) Interessantes zur Lektüre**

- Mitgliederbroschüre des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ vom Februar 2015 (Nr. 84) mit dem Titel „Migration“ ([www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de))
- Diskurs – Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES vom Dezember 2014: „Die Euro-Zone nach vier Jahren Krisenmanagement und Ad-Hoc-Reformen: Was bleibt zu tun?“ ([www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso))
- ApuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), 65. Jahrgang, 10/2015 vom 2. März 2015 „Unten“ ([www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell))
- Thilo Bode: „Die Freihandelslüge – Warum TTIP nur den Konzernen nützt und uns allen schadet“ erschienen am 9.3.2015 bei DVA-Sachbuch, ISBN: 978-3-421-04679-6

### **12) 60 plus-Termine**

der Bundesvorsitzenden bzw. von Mitgliedern des Bundesvorstandes

|                      |   |
|----------------------|---|
| <b>3.-6. April</b>   | <b>Osterfeiertage</b>                                   |
| <b>11. April</b>     | Landeskonzferenz 60 plus Bayern, Nürnberg               |
| <b>13. April</b>     | Partei Vorstand, Berlin, WBH                            |
| <b>15. April</b>     | Telefonschalt mit Yasmin Fahimi über das Barcamp        |
| <b>22. April</b>     | Vorbereitungstreffen für den 11. Seniorentag, Frankfurt |
| <b>24./25. April</b> | Orga-Kommission, Berlin                                 |
| <b>25. April</b>     | <b>Barcamp Digital, Berlin</b>                          |

|                      |   |
|----------------------|---|
| <b>29. April</b>     | Aktionstag (um den herum Ihr Eure Aktionen plazieren könnt)   |
| <b>1. Mai</b>        | <b>Tag der Arbeit</b>   |
| <b>7. Mai</b>        | 20 Jahre 60 plus Bielefeld  |
| <b><u>8. Mai</u></b> | <b><u>70 Jahre Ende des zweiten Weltkriegs – Wäre auch ein guter Zeitpunkt für Euren Aktionstag-Beitrag!!!! (sh. Flugblatt aus Niedersachsen)</u></b> |
| <b>9. Mai</b>        | 20 Jahre 60 plus Soest  |
| <b>18. Mai</b>       | Parteivorstand, Berlin  |
| <b>24./25. Mai</b>   | <b>Pfingsten</b>  |
| <b>2. Juni</b>       | Landeskonzferenz 60 plus Thüringen, Erfurt  |
| <b>8. Juni</b>       | Themenlabor „Neue Verantwortungskultur“, Berlin   |
| <b>13. Juni</b>      | 20 Jahre 60 plus Saarland, Saarbrücken  |
| <b>15. Juni</b>      | Parteivorstand, Berlin  |
| <b>20. Juni</b>      | <b>Parteikonvent, Berlin</b>  |
| <b>24. Juni</b>      | <b>Fachkonferenz 60 Plus/AsJ zur Sterbehilfe, Nürnberg</b>  |
| <b>2.-4. Juli</b>    | <b>Deutscher Seniorentag, Frankfurt am Main</b>   |



**Der Bundesvorstand 60 plus wünscht Euch  
frohe Ostern!**

**31. Mai: Der neue Newsletter erscheint.**

**Redaktionsschluss 23.5.15**

**Um kurze Beiträge in „word“ – nicht pdf! - aus den Landesverbänden und Bezirken wird auch diesmal wieder gebeten.**